



## CONFIDENZIALE

### V E R B A L E II

della 36-esima seduta del Consiglio federale

del 14 novembre 1990

---

Herr Bundespräsident Koller kündigt an, dass Herr Bundesrat Felber voraussichtlich noch vor Mittag von seiner Japan-Reise zurückkehren wird. Die Geschäfte aus dem EDA werden somit erst am Schluss der Sitzung behandelt.

#### Formalitäten im Güterverkehr

Man sollte Widersprüche zwischen nationalem Recht und internationalen Abkommen vermeiden. Solche bestehen in bezug auf die Oeffnungszeiten. Die Frage muss ohnehin allgemein überprüft werden, und eine Revision des Zollgesetzes ist in Vorbereitung.

#### Landsturm

Bei der Behandlung zweier parlamentarischer Vorstösse wirft Herr Bundesrat Villiger die Frage auf, ob auf die Landsturm-Kurse bereits im Jahre 1991 verzichtet werden könnte. Mit der Reform der Armee wird das Wehrpflichtalter auf 42 Jahre herabgesetzt, was die Aufhebung des Landsturms bedeutet. Sollen die Landsturm-Kurse 1991 trotzdem durchgeführt werden? Die betroffenen Wehrmänner würden bestimmt nicht motiviert einrücken. Zudem besteht die Gefahr, dass das Parlament diese Frage aufwirft und selbst entscheidet. Der Bundesrat wäre somit nochmals in die Defensive gedrängt. Diese Diskussion hat bereits in der Finanzkommission stattgefunden, die einen diesbezüglichen Antrag nur knapp abgelehnt hat. Obwohl der Vorschlag in der KML auf Opposition gestossen ist, könnte man eine Verordnung über die Sistierung der Kurse in Erwägung ziehen.

Im Rat werden auch Bedenken gegenüber einem solchen Schritt geäussert. Die wehrpsychologische Wirkung soll nicht vernachlässigt werden. Tropfenweise werden Reformen angekündigt, welche die Wehrmänner verunsichern. Der Eindruck, der Bundesrat handle ohne klare Vorstellungen, ist zu vermeiden. Besser wäre es, ein Gesamtpaket zu schnüren, damit die Glaubwürdigkeit der Armee nicht leidet. Andererseits aber schwächt man die Armee nicht, wenn gewisse alte Zöpfe abgeschnitten werden. Landsturm-Kurse sind im jetzigen Zeitpunkt und im Hinblick auf die "Armee 95" sinnlos und könnten sogar als Schikane empfunden werden. Falls der Bundesrat nicht rasch entscheidet, wird dies das Parlament tun. Herr Bundesrat Villiger wird deshalb beauftragt, noch vor der Session einen Verordnungsentwurf vorzulegen.

In der Diskussion werden auch die Folgen für den Zivilschutz erläutert. Es ist schwer verständlich, dass ein Ständerat wichtige Kommissionssitzungen nicht besuchen kann, weil er vom Zivilschutz aufgeboten worden ist. Der Grund liegt darin, dass das Gesetz über den Zivilschutz anders als das Militärorganisationsgesetz keine Dispensation für Parlamentarier vorsieht. Diese Lücke soll demnächst geschlossen werden. Mit "Zivilschutz 95" wird auch das Dienstalder reduziert.

- 2 -

P 26

Nachdem Herr Bundesrat Villiger bemerkt, er komme sich immer mehr als Liquidator vor, erläutert er seinen Antrag, der Organisation P 26 aufzulösen. Die PUK 2 kritisiert die Existenz dieser Kaderorganisation für den Widerstand im Falle einer Besetzung der Schweiz. Nach ihrer Meinung fehlen unter anderem gesetzliche Grundlagen und eine politische Kontrolle, und es besteht die Gefahr eines Missbrauchs der Zielsetzungen. Der Bundesrat hat bereits im Frühjahr eine Ueberprüfung der Notwendigkeit einer solchen Organisation auch im Lichte der neuen sicherheitspolitischen Lage veranlasst. Im Sicherheitsbericht stellt der Bundesrat fest, dass eine Besetzung der Schweiz als äusserst unwahrscheinlich zu betrachten ist. Die Notwendigkeit einer solchen Kaderorganisation darf deshalb bezweifelt werden. Zudem ist fraglich, ob sie überhaupt funktionsfähig wäre. Sie wurde mit zuviel Perfektionismus aufgebaut, und ihre Angehörige sind insgesamt zu alt um Effizienz zu gewährleisten. Eine geheime Organisation steht politisch auch im Widerspruch zu unserer offenen Gesellschaft. Die Organisation soll deshalb abgeschafft werden, dies umso mehr als ihre Existenz sowie ihr Aufbau durch den PUK-Bericht publik gemacht werden, was für ihr Wirken mehr als problematisch ist. Das Beispiel Polen während des Zweiten Weltkriegs soll zu denken geben. Die Russen wussten von der Existenz einer solchen Organisation, und bei der Besetzung Polens haben sie deshalb zahlreiche Zivilisten ermordet.

Der Rat ist mit der Aufhebung einverstanden, doch wird die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, die ZGV mit einer neuen Studie zu betrauen. Nach der Veröffentlichung des PUK-Berichtes kann eine solche Widerstandsaufgabe sicher nur einem geheimen Teil der Armee anvertraut werden. Der Zeitpunkt der Bekanntgabe des Auflösungsentscheides gibt ebenfalls zur Diskussion Anlass. Auf keinen Fall darf dieser Entscheid vor der Veröffentlichung des PUK-Berichtes publiziert werden, sonst würde man dem Bundesrat vorwerfen, er habe aus der Hüfte geschossen und überreagiert. Am besten wäre es, in der Stellungnahme des Bundesrates zum PUK-Bericht über diese Frage zu berichten. Herr Bundesrat Villiger wird selbst entscheiden, zu welchem Zeitpunkt er einen formellen Antrag an den Bundesrat stellen will.

Secrétariat général du DFEP

La question est posée de savoir si les deux nouveaux collaborateurs du secrétariat général du DFEP n'ont pas des tâches analogues à celles des collaborateurs personnels. Or, les modalités d'engagement, notamment pour ce qui concerne la caisse de retraite et la sécurité de l'emploi, sont bien meilleures. Même si ce problème existe, et qu'il devrait à la limite être résolu par une réévaluation des postes des collaborateurs personnels, la nécessité de pouvoir disposer au secrétariat général du DFEP de deux collaborateurs de très haut niveau, qualifiés dans les domaines de l'agriculture et de la préparation des séances du Conseil et de celles du Parlement, est prouvée et urgente. Le Conseil accepte donc les propositions, qui doivent encore être sanctionnées par la Délégation des finances.

### Recherche et Eureka

M. Stich s'oppose aux propositions. Il s'agit de crédits-cadres dont l'engagement doit être coordonné avec les priorités que le Conseil fixe dans ses lignes directrices. En outre, il est douteux que l'on puisse augmenter de 50 pour cent les crédits prévus dans une situation budgétaire si tendue. Si cette remarque est en soi justifiée, il ne faut pas la limiter aux seules propositions concernant la recherche et Eureka. Il y a de nombreux autres crédits-cadres qui influencent les dépenses pendant de nombreuses années. Enfin, il ne faut pas négliger le danger de devoir soumettre au Parlement de très nombreuses propositions de détail.

Avant de décider de ces deux propositions concrètes, le Département fédéral des finances fera un inventaire des crédits-cadres pluriannuels afin de déterminer si la coordination avec les lignes directrices et les priorités financières du Conseil est garantie ou si elle peut l'être.

### Entwicklungsabgabe auf Kaffee

Die Entgegennahme eines Postulates ist bestritten. Was gefordert wird, ist kaum machbar. Dies stimmt weitgehend, doch die Ergebnisse der GATT-Verhandlungen sind alles andere als sicher. Es ist nicht auszuschliessen, dass Lösungen, wie sie im Postulat angestrebt werden, doch geprüft werden müssen.

### Synthesebericht zum Umweltschutz

Die im Postulat Martin verlangte jährliche Berichterstattung kann im Geschäftsbericht verwirklicht werden. Das Postulat kann deshalb entgegengenommen werden, ohne dass für die Verwaltung die Gefahr besteht, noch mehr Berichte erstellen zu müssen.

## AUSSPRACHEN

### Wohnungspolitik

Der Rat führt nur eine erste Aussprache durch. Er wird über die Vorschläge an der nächsten Klausursitzung definitiv beraten. Es wird auf die Notwendigkeit einer Koordination innerhalb der Bundesverwaltung hingewiesen. Zudem stellt sich die Frage, ob von einer so grossen Kommission innovative Gedanken zu erwarten sind. Auch wird über die Hilfe für die Erstellung von Wohnungen für Studenten hingewiesen.

### Abstimmungserläuterungen

Einzelne redaktionelle Bemerkungen werden direkt der Bundeskanzlei mitgeteilt. Herr Bundeskanzler Buser stellt fest, dass nach den Gesprächen mit den Bundesratsparteien 1991 auch der Juni-Termin genutzt werden soll. Zur Abstimmung sollen die Gewässerschutz-Initiative und die Finanzordnung gelangen. In diesem Sinne wird er formellen Antrag stellen.

- 4 -

UMFRAGENM. Cotti

- a été heureux d'apprendre que la commission des finances du Conseil national n'a pas été en mesure de trouver des possibilités d'économies supplémentaires dans le budget 1991. Cela signifie que le Conseil a bien travaillé et qu'il a eu raison d'adopter une position dure vis-à-vis des requêtes de la commission elle-même.
- informe des raisons de l'annulation de sa visite aux Etats-Unis. Le ministre de l'environnement aurait pu le recevoir pour trois quarts d'heure seulement au lieu des cinq heures prévues. Cette attitude est sans doute due aussi aux critiques que les Américains ont dû subir à Genève à la conférence sur le climat.

Bundesrat Stich

- schlägt vor, die Bundesratssitzung vom 10. Dezember bereits um 0800 Uhr zu beginnen, damit der Präsident der Nationalbank, Herr Lusser, begrüsst werden kann. Allenfalls wird die Wirtschaftsdelegation die offenen Fragen vorgängig diskutieren. Der Rat ist einverstanden.
- berichtet ebenfalls über die Beratungen der Finanzkommission. Diese hat sich in eine paradoxe Situation hineinmanövriert und musste feststellen, dass keine Kürzungsmöglichkeiten mehr bestehen. Dies umso mehr, als die einzelnen Sektionen zahlreiche Wünsche nach zusätzlichen Ausgaben angemeldet haben.
- Die IWF-Verhandlungen laufen nicht gut. Die Schweiz sollte auf die Unterstützung von sieben Ländern zählen können. Gegenwärtig sind dies aber nur sechs. Es wurde in Erwägung gezogen, eine Reise nach Australien zu organisieren, doch die lokalen Behörden haben signalisiert, dass diese nicht erfolgreich wäre.
- hat in Zürich einen sehr interessanten Vortrag des deutschen Bankpräsidenten Pohl verfolgt. Dieser rät der Schweiz, dem EWS beizutreten.
- Bei der Bewältigung der Fichenaffäre hält sich die Zahl der Beschwerden im Rahmen. In einem Fall musste eine Entschädigung gewährt werden. In anderen Fällen wurde eine solche mit Kostenfolgen für die Beschwerdeführer abgelehnt, was eine Dissuasionswirkung haben sollte.
- Die Gemüseproduzenten fordern wegen Tschernobyl Entschädigungen von insgesamt 11 Millionen Franken. Herr Bundesrat Stich hat wissen lassen, dass total 9 Millionen ausbezahlt werden können. Höhere Entschädigungen können nur durch Einzelklagen erreicht werden.

- 5 -

M. Delamuraz

- informe sur les négociations internationales en cours. Quant à l'EEE une rencontre à Luxembourg avec les parlementaires européens a été assez vive mais moins négative que prévu. La question a été discutée aussi avec M. Andreotti et la CE a manifesté une attitude plus ouverte que prévu. En particulier, les revendications espagnoles ont été rejetées, la disponibilité à négocier sur les institutions est plus grande et la présidence italienne confirme l'intention d'organiser une rencontre à 19 au mois de décembre.

A l'intérieur de l'AELE, à l'occasion d'un comité mixte Suisse-Yougoslavie, il y a eu des discussions sur les réponses à donner à la CE. Il semble que les Scandinaves sont prêts à réduire le nombre de leurs exceptions et que la Suisse est le pays qui en maintient le plus.

Samedi, il aura l'occasion de rencontrer le nouveau gouvernement de Norvège, puis les autorités suédoises.

Enfin, la commission des affaires économiques extérieures soutient la position du Conseil fédéral dans la négociation sur l'EEE.

Pour ce qui est du GATT, le risque d'un échec des négociations est réel. Il est peu probable que les problèmes puissent être résolus lors de la réunion ministérielle de décembre.

- sera jeudi à Berlin pour les réunions trilatérales des ministres de l'économie d'Allemagne, d'Autriche et de Suisse. Il sera accompagné de représentants des milieux économiques car il s'agira d'étudier les possibilités d'investissement dans l'ancienne RDA.

- le Conseil pourra difficilement traiter les revendications paysannes avant la fin des négociations du GATT. Il faut donc prévoir que les prix agricoles ne seront fixés qu'au mois de janvier. La délégation du Conseil devrait recevoir les représentants agricoles avant la mi-décembre.

Bundesrat Ogi

- Die Kommission "Alptransit" hat mit den Vertretern der betroffenen Kantone Hearings durchgeführt. Würde man die Wünsche der Kantone erfüllen, müssten zusätzliche 40 Kilometer Tunnel gebaut werden. Die Kommission ist mit der Linie des Bundesrates einverstanden, auch wenn Minderheitsanträge zu erwarten sind. Die Strassenverbände sind bereit, auch Treibstoffzölle einzusetzen. Die Dissertation über die Privatfinanzierung der Alpentunnel unterscheidet sich in nichts von der in Auftrag gegebenen Bankstudie.

- 6 -

Bundesrat Ogi

- Die ständerätliche Kommission hat den Energienutzungsbeschluss zu Ende beraten. Leider sind drei gewichtige Differenzen gegenüber dem Nationalrat entstanden. Der Ständerat wird sich in der Winter-session damit befassen, und allfällige Divergenzen könnten in der Sondersession vom Januar erledigt werden.
- wird am 21. und 22. November in Paris an der CEMT-Tagung teilnehmen und deshalb an der Klausursitzung fehlen. Thema sind diesmal unter anderem Fragen um den "sauberen Lastwagen". Bundesrat Ogi wird auch mit dem künftigen Präsidenten der Verkehrsminister der EG sowie mit den Verkehrsministern von Oesterreich und Frankreich konferieren.
- Die ständerätliche Kommission hat das Fernmeldegesetz noch zusätzlich liberalisiert. Langsam muss man sich Sorgen um die Zukunft der PTT machen. Auch sind die Beschlüsse als sehr EG-konform zu werten. Der Bundesrat könnte sogar die Netze aus dem PTT-Monopol herausnehmen.
- Beim Radio- und TV-Gesetz sind vor allem in der Frage der UBI Differenzen entstanden.

Bundespräsident  
Koller

- Die PUK 1 hat dem vom Bundesrat eingesetzten Untersuchungsrichter Righetti die Einsicht in die Einvernahmeprotokolle verweigert. Sie hat nur die Namen der Personen, die angehört worden sind, mitgeteilt. Dadurch wird die Untersuchung sicher viel mehr Zeit als nötig beanspruchen, denn alle Leute müssen nochmals befragt werden. Auch besteht die Gefahr von divergierenden Aussagen und Schlussfolgerungen.
- In der Frage der Fichen-Einsicht hat der Bundespräsident eine sehr heterogene Delegation aus sieben Kantonen empfangen und sich mit der Polizei- und Justizdirektorenkonferenz beraten. Bis zum Bundesgerichtsentscheid soll die heutige Praxis nicht geändert werden.

Nachdem auch Herr Bundesrat Felber eingetroffen ist, behandelt der Rat die Geschäfte aus dem EDA:

Visite Havel

Les modalités de la visite sont approuvées. M. Cotti souhaite participer également au déjeuner. Il en sera tenu compte.

### Kriegsmaterialexport

Nachdem der Bundesrat die Grundsatzentscheide bereits am 24. August getroffen hat, geht es heute vor allem um die Argumente für diese Haltung. Die Herren Bundesräte Villiger und Felber haben einen gemeinsamen Antrag eingereicht, der angenommen wird. Die politische Komponente der Entscheidung soll nicht verschwiegen werden, denn das Gesetz lässt die nötige Flexibilität zu. Die Information der Öffentlichkeit soll durch Herrn Vizekanzler Achille Casanova aufgrund der vorgelegten Sprachregelung erfolgen.

### Golfkrise

Der Bundesrat nimmt vom Abflug einer inoffiziellen Parlamentarier-Delegation nach Bagdad Kenntnis und diskutiert vor allem über die öffentliche Disqualifizierung dieser Parlamentarier durch Staatssekretär Jacobi. In einem Brief hat sich der Chef der Delegation, Nationalrat Oehler, über diese Äusserungen beschwert. Der Rat ist einhellig der Meinung, dass solche Aussagen seitens eines höheren Beamten nicht akzeptiert werden können und deutlich zu verurteilen sind. Es geht nicht an, dass Beamte vom Volk gewählte Parlamentarier qualifizieren. Diese Vorfälle sind umso schwerwiegender, als es nicht das erste Mal ist, dass sich Herr Jacobi mit unpassenden Äusserungen auszeichnet. Diese peinlichen Pannen können nicht weiter geduldet werden, und Herr Jacobi scheint nicht in der Lage zu sein, bei Abwesenheit des Departementschefs seine Verantwortung zu übernehmen. Herr Bundesrat Felber wird deshalb eine Ablösung des Staatssekretärs in die Wege leiten. Der Rat bespricht die vorgelegte Erklärung und verschärft die Verurteilung (s. Beilage). Aus der Erklärung soll ebenfalls keine Unterstützung der parlamentarischen Delegation herausgelesen werden können, und es soll deutlich zum Ausdruck kommen, dass der Rat die bisherige Politik voll bestätigt. Dagegen ist klar, dass unsere diplomatischen Vertretungen der Delegation eine grosszügige logistische Unterstützung gewähren müssen. Jedenfalls soll vermieden werden, dass sich die Parlamentarier bei einem allfälligen Misserfolg auf mangelnde Unterstützung berufen können. Es ist zu bedauern, dass die Delegation die Frage der Lieferungen von Babynahrung aufgeworfen hat. Nun muss befürchtet werden, dass diese Forderung aus Bagdad erneut angemeldet wird. Diese Lieferungen sind aber nicht möglich, ohne gegen das Embargo zu verstossen.

### UMFRAGEN

- Bundeskanzler Buser - referiert über die Sitzung der ständerätlichen Kommission für die Regierungsreform. Die Einsetzung der Beratergruppe durch den Bundesrat hat die Kommission verunsichert. Sie will sich nun mit dem Bundesrat absprechen.
- Die Kommission des Nationalrates für die Parlamentsreform verlangt viel mehr und grosszügigere Räume, als die Verwaltungskommission sie vorgesehen hat. Würden diese Wünsche erfüllt, müssten Bundesrat und Verwaltung aus dem Bundeshaus ausziehen, damit das Parlament die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung hätte.

- 8 -

- Bundeskanzler Buser - Für die Vorstellung des Swissair-Filmes anlässlich des 700-Jahr-Jubiläums ist die Benützung des Nationalrats-Saales beantragt worden. Der Rat ist nicht einverstanden. Dieser Film soll in einem Kinosaal vorgestellt werden.
- Das Dîner diplomatique findet am 3. Mai 1991 statt und das Treffen mit den Berner Gemeinde- und Kantonsbehörden am 17. April 1991.
  - Herr Bundesrat Stich ist bereit, am 22. November eine ungarische Parlamentsdelegation kurz zu begrüssen.
  - Die Daten der Klausursitzung 1991 werden nächste Woche festgelegt.

M. Cotti

- Le Conseil fédéral avait décidé de ne pas se faire représenter par un de ses membres à la manifestation du TCS. Son président est intervenu, et M. Ogi est disposé à assumer cette tâche. Le Conseil en prend acte. Aussi un membre du Conseil devra être présent à la Contrada Grischuna.

16.11.1990 AC/Ba

BUNDESKANZLEI

Beilagen

- geht an die Herren
- Departementsvorsteher (7)
  - Bundeskanzler (1)
  - Vizekanzler (2)



### Sprachregelung

Der Bundesrat hat vom Beginn der Mission einer inoffiziellen Delegation von Parlamentariern Kenntnis genommen, welche die Befreiung der gegen ihren Willen in Irak festgehaltenen Geiseln zum Ziel hat.

Der Bundesrat bestätigt seine in der Golfkrise eingenommene Haltung, wonach das durch die internationale Gemeinschaft verhängte Embargo strikte zu befolgen ist, und wird die auf diese Weise ausgedrückte internationale Solidarität einhalten. Er fordert die irakischen Behörden erneut auf, unverzüglich allen festgehaltenen Ausländern bedingungslos die Heimreise zu ermöglichen.

Der Bundesrat bedauert einzelne Begleiterscheinungen dieser durch die Initiative von Parlamentariern in die Wege geleiteten Mission. Insbesondere haben ihn die unpassenden Äusserungen des Chefs der Politischen Direktion des EDA, Klaus Jacobi, über die Mitglieder dieser Delegation schockiert. Es ist für den Bundesrat nicht akzeptabel, dass Beamte Mitglieder des Parlamentes qualifizieren.

## Déclaration

Le Conseil fédéral a pris connaissance du départ d'une délégation non-officielle de parlementaires, qui se fixe pour but d'obtenir la libération des otages retenus en Irak.

Le Conseil fédéral confirme sa position dans la crise du Golfe; il respectera strictement l'embargo décidé par la communauté internationale, démontrant ainsi sa solidarité. Le Conseil exige une fois de plus des autorités irakiennes qu'elles autorisent sans conditions tous les étrangers retenus en Irak contre leur volonté à regagner leur pays.

Le Conseil fédéral déplore certains phénomènes qui ont accompagné l'initiative prise par ce groupe de parlementaires. En particulier, il est choqué par les propos déplacés de Monsieur Klaus Jacobi, chef de la direction politique du DFAE, au sujet des membres de cette délégation. Le Conseil fédéral juge inacceptable qu'un haut fonctionnaire se permette de porter des appréciations sur des membres du Parlement.